



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Koalition vereinbart Integrationsgesetz Wohnsitzauflagen zur Vermeidung von Brennpunkten

Die Vorsitzenden von CDU, CSU und SPD haben am Mittwochabend ein umfangreiches Gesetzgebungspaket zur Verbesserung der Integration beschlossen.

Die Integration der vielen Flüchtlinge und Migranten, die nach Deutschland gekommen sind, erfordert eine gewaltige Anstrengung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Vor allem sind jedoch die Flüchtlinge und Migranten gefordert, sich zu integrieren. Wer sich nicht integriert und die vielen bestehenden Angebote nicht annimmt, muss künftig deutliche Sanktionen erwarten. Diese klare Linie des Forderns und Förderns machen die gestrigen Vorgaben für ein Integrationsgesetz deutlich.

Ein großer Fortschritt ist, dass wir mit der SPD zum ersten Mal eine Integrationspflicht vereinbaren konnten, deren Verweigerung auch Konsequenzen für die finanzielle Unterstützung und das Aufenthaltsrecht von Flüchtlingen hat. Ein unbefristetes Daueraufenthaltsrecht wird es für sie in Zukunft nur noch geben, wenn Integrationsleistungen erbracht worden sind. Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses machen deutlich, dass es für gelungene Integration entscheidend auf den Beitrag des Migranten ankommt. Wer seinen Mitwirkungspflichten nicht nachkommt, muss daher künftig mit erheblichen Einschnitten rechnen.

Mit dem geplanten Integrationsgesetz will die Koalition aber zugleich auch verlässliche Angebote für Flüchtlinge schaffen. Abgestuft werden solle dies nach Flüchtlingen mit guter und nicht so guter Bleibeperspektive, kündigte Bundeskanzlerin Merkel an. Ziel sei es, zu versuchen, möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hierfür sind das Erlernen der deutschen Sprache und die

Qualifizierung entscheidend. Im Detail soll das Gesetz erleichterte Ausbildungsangebote für Menschen mit guter Bleibeperspektive sowie Orientierungskurse bei schlechter Bleibeperspektive regeln. Zwar ist absehbar, dass nicht alle Menschen in Deutschland bleiben können. Aber es würden erhebliche Schäden eintreten, wenn wir den Menschen auch bei schlechter Bleibeperspektive über Monate überhaupt keine Angebote machen würden. Ein Teil dieser Asylbewerber wird zwar in das Herkunftsland zurückkehren. Berufserfahrung, Qualifizierung und Bildung aus der Zeit in Deutschland können und sollen auch neue Perspektiven im Herkunftsland eröffnen.

Zugleich werden die Bedingungen für eine Berufsausbildung verbessert. Es wurde vereinbart, für die Ausbildungsdauer grundsätzlich eine Duldung auszusprechen. Nach erfolgreicher Ausbildung wird diese Duldung zur Arbeitsplatzsuche um weitere sechs Monate verlängert. Wenn ein Betrieb den Ausgebildeten beschäftigt, erhalte jener ein zweijähriges Aufenthaltsrecht, kündigte Merkel an. Bislang hatten viele Unternehmen große Zurückhaltung beim Abschluss von Ausbildungsverträgen gezeigt, wenn der Aufenthaltsstatus des Bewerbers unklar war.

Die Koalition hat zudem beschlossen, Flüchtlinge künftig gleichmäßiger im Land zu verteilen und dafür Wohnsitzauflagen einzuführen. Diese sollen auch für anerkannte Asylbewerber gelten, solange sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Das ist ein ungemein wichtiger Beschluss, um soziale Brennpunkte zu vermeiden und wird auch uns in Pforzheim helfen. Denn bislang war es uns nicht möglich, den Zuzug irakischer Jesiden zu begrenzen.

Den gesamten Text des vereinbarten Eckpunktepapiers finden Sie ebenfalls im Anhang zu dieser Email.

Christen in Flüchtlingsheimen besser schützen

In den letzten Wochen haben sich Berichte über Mobbing und Gewalt gegen Christen und andere religiöse Minderheiten in Flüchtlingseinrichtungen gemehrt. Für die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag steht fest, dass diese Übergriffe in keinem Fall hinnehmbar sind. Im Rahmen eines Fachgesprächs diskutierte die Fraktion jetzt mit Vertretern von Kirchen, Flüchtlingseinrichtungen, Polizei und muslimischen Verbänden über das Ausmaß der Probleme sowie über geeignete Lösungswege. Unklar blieb allerdings, wie groß der Umfang von Beleidigungen, Übergriffen oder Gewalt überhaupt ist. So betonte der Berliner Erzbischof Heiner Koch, dass es sich bislang nicht um ein Massenphänomen handle. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat zugesichert, solche Straftaten künftig in einer Sonderkategorie „religiös motivierter Delikte“ bei der politisch motivierten Kriminalität zu erfassen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Volker Kauder hat sich bereits mehrfach klar gegen eine getrennte Unterbringung von Christen in Flüchtlingsunterkünften ausgesprochen. „In einem Land, in dem Religionsfreiheit herrscht, ist dies nicht der richtige Weg. Wir müssen die Religionsfreiheit durchsetzen.“ Allerdings kann sich der Fraktionsvorsitzende vorstellen, Gruppen von Christen gezielter auf Flüchtlingsheime zu verteilen. Eine größere Gruppe habe es leichter, ihre Interessen zu verteidigen. „40 zu 200 ist anders als nur vier zu 200“, sagte er. Der katholische Berliner Erzbischof Heiner Koch schlug vor, bei den Ursachen von Konflikten in Unterkünften anzusetzen. Notwendig seien soziale Betreuung, eine angemessene Ausstattung der Unterkünfte und klare Hausregeln. Zudem regte Koch an, die Unterkünfte zu verkleinern. „Wir müssen weg von den Turnhallen“, sagte er. Die Unterbringung großer Menschenmengen in Gebäuden ohne ausreichende Privatsphäre befördere Aggressionen. ■

Steuerparadiese: Druck auf Panama erhöhen

Recherchen eines internationalen Journalistennetzwerks hatten Steuerhinterziehung und Geldwäsche bei über 214.000 Briefkastenfirmen in Panama aufgedeckt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert nicht nur deswegen, den Druck gegenüber Staaten, die Steuerhinterziehung und Geldwäsche begünstigen, weiter zu erhöhen und so die Möglichkeiten der Steuerhinterziehung zu unterbinden. „Wir dürfen das nicht hinnehmen. Steuerhinterziehung bekämpft man am besten, indem Transparenz hergestellt und vor allem ein Austausch von steuer-

relevanten Daten gewährleistet wird, wie wir dies inzwischen mit vielen anderen Ländern haben - auch mit der Schweiz“, sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder im Vorfeld einer „Aktuellen Stunde“ am letzten Mittwoch. Die Bundesregierung verfolgt seit Jahren den Abschluss eines Abkommens mit Panama zum bilateralen steuerlichen Informationsaustausch. Damit soll Panama als Steuerparadies ausgetrocknet werden. Ein bereits 2013 ausgehandeltes Abkommen hat Panama immer noch nicht unterzeichnet. Zudem hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in dieser Woche ein 10-Punkte-Papier vorgestellt, mit dem die internationale Zusammenarbeit verbessert werden soll. Im nächsten Jahr wird Deutschland für ein Jahr die Präsidentschaft über die „G 20“, die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, übernehmen. Angela Merkel kündigte bereits an, den Kampf gegen Steuerparadiese zu einem der Schwerpunkte dieser Präsidentschaft zu erklären. ■

Weitere sichere Herkunftsstaaten

Der Bundestag hat gestern erstmals über die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als „sichere Herkunftsstaaten“ debattiert. Ziel ist es dabei, Zuwanderung „aus asylfremden Motiven“ aus diesen Ländern zu reduzieren. Die gesetzliche Einstufung als sicherer Herkunftsstaat setzt voraus, dass in den betroffenen Staaten aufgrund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet ist, dass in diesen Ländern weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Dies ist aus Sicht der Bundesregierung gegeben.

Im Januar 2015 wurden noch 900 illegal eingereiste Migranten aus Algerien, Marokko und Tunesien im EASY-Erfassungssystem erfasst. Im Dezember 2015 waren es dann bereits insgesamt 26 000. Die Zahl derer, die letztendlich einen Schutzstatus in Deutschland bekommen, ist jedoch äußerst gering.

Die Einstufung sicherer Herkunftsstaaten als Mittel, die Zuzugszahlen einzudämmen, hat sich bereits bei den Ländern des Westbalkans bewährt. Hier ging die Zahl der Migranten nach der Einstufung von Albanien, Montenegro und dem Kosovo als sichere Herkunftsländer auf nahezu null zurück.

Allerdings muss der Bundesrat einer solchen Einstufung zustimmen. Daher wird dieses Thema auch bei den aktuell laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und Grünen in Baden-Württemberg ausführlich diskutiert. ■